

Antrag / Beschlussvorlage

von Gemeindevertretern der Gemeinde Am Mellensee

(nach § 35 Satz 1 BbgKVerf)

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
der Gemeinde Am Mellensee
Maik Tscherwinka
Zossener Straße 21 c
15838 Am Mellensee

Am Mellensee 2020-01-30

Antrag / Beschlussvorlage

Geltendmachung von kausalen Folgekosten für B-Pläne in städtebaulichen Verträgen (Folgekostenverträgen) in der Gemeinde Am Mellensee

Sehr geehrter Herr Tscherwinka,

gemäß der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg §35 Satz 1, bitten die Unterzeichnenden Sie folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung auf die Tagesordnung der kommenden Gemeindevertretersitzung zu nehmen. Da alle betreffenden Mitglieder der Ausschüsse in der GV vertreten sind, bitten wir von einer Verweisung in die einzelnen Ausschüsse abzusehen. Die Unterzeichnenden bitten um namentliche Abstimmung.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertreter der Gemeinde Am Mellensee beschließen:
Ab sofort macht die Gemeinde Am Mellensee Folgekosten vertraglich mit Investoren/Vorhabenträger von B-Plänen in städtebaulichen Verträgen (Folgekostenverträgen) geltend, die laut BauGB §11 als Kann-Bestimmung geregelt sind.

Begründung:

Laut BauGB §11 „Städtebauliche Verträge“ ist es eine Kann-Bestimmung Folgekosten, die einer Gemeinde entstehen, per Vertrag mit den Investoren/Vorhabenträger zu regeln. Diese Folgekosten müssen angemessen und im kausalen Zusammenhang mit dem Vorhaben stehen und rechnerisch belegbar und nachvollziehbar sein. Abgesehen von Erschließungsverträgen wurde dies bisher in der Gemeinde Am Mellensee nicht praktiziert.

Durch die Kann-Bestimmung im Gesetz ist es Gemeinden offengehalten je nach Ihrer finanziellen Ausstattung diese Verträge zu gestalten. Sollte auf eine Regelung zu Folgekosten verzichtet werden, müssen die Aufwendungen zu 100% aus dem Gemeindehaushalt beglichen werden.

Für die Neuschaffung von Kitaplätzen würde es bei einem Verzicht auf diese Folgekosten-weiterberechnung direkte Auswirkungen auf die bereits jetzt schon hohen Elternbeiträge haben, da gemeindliche Kosten mit in die Platzkostenkalkulation einfließen.

Ausschnitt aus BauGB §11 Kommentare:

*Bei den Folgekostenverträgen ist die Ursächlichkeit der Aufwendungen durch ein Bauvorhaben der Gradmesser für ihre Zulässigkeit. Die Gemeinde ist nicht berechtigt, pauschal Einrichtungen wie **Kindergärten, Schulen, Sportanlagen, Friedhöfe usw.** aufzulisten und dem Bauträger als Folgekosten in Rechnung zu stellen. Vielmehr ist es notwendig, dass diese Einrichtungen aufgrund des Baugebiets auch vom Umfang her tatsächlich erforderlich sind und in örtlichen und zeitlichen Zusammenhang mit dem Bauvorhaben errichtet werden (BVerwG, Urt. vom 14.8.1992, NJW 1993 S.773)*

Antrag / Beschlussvorlage


von Gemeindevertretern der Gemeinde Am Mellensee


(nach § 35 Satz 1 BbgKVerf)

Anlagen:

BauGB §11 inkl. Kommentaren

WD 7 - 3000 - 226/18 (11.10.2018) Deutscher Bundestag


.....
Milan Hänsel


.....
Dirk Pehnert


.....
Antje Schuster

.....